

hinter sich gelassen. Für Chief Executive Ross McEwan wäre es besser gewesen, hätte man die Milliardenstrafe des US-Justizministeriums für die Beteiligung des Instituts am Handel mit Subprime-Giftpapieren, die früher oder später kommen wird, schon ins vergangene Jahr buchen können. Dividendenzahlungen und die Privatisierung der restlichen Staatsbeteiligung hängen davon ab, dass dieses Kapitel abgeschlossen wird. Statt eines Endes mit Schrecken droht den Anteilseignern Schrecken ohne Ende. Die Erträge im Commercial Banking gingen im Schlussquartal trotz des robusten Wirtschaftswachstums in Großbritannien und der Welt im Vergleich zum Vorjahr zurück. Und dann nahm das Institut auch noch seine Schätzung für die Kosten seiner nicht enden wollenen Restrukturierung deutlich nach oben. Alles keine Werbung für die Aktie. **hip**

Hannover Rück schert aus

Börsen-Zeitung, 24.2.2018

4,7 Mrd. Dollar dürften die Swiss Re die Naturkatastrophen des Jahres 2017 gekostet haben. Das verwundert nicht. War doch das vergangene Jahr ungewöhnlich stark durch Stürme, ein Erdbeben und Waldbrände belastet. Da ist ein Rückversicherer, bei dem fast die Hälfte der gesamten Prämieinnahmen auf das Schadensgeschäft entfällt, natürlich dabei. Da überrascht auch nicht, dass Branchenprimus Munich Re für diese Schäden fast die gleiche Summe aufwenden muss. Folgerichtig vollzieht sich auch der Ergebnisrückgang im Gleichschritt: minus 90% bei Swiss Re, minus 95% bei Munich Re (nur Rückversicherung). Immerhin konnte der Branchenprimus sein Ergebnis durch ein deutlich besseres Erstversicherungsgeschäft (Ergo) aufhübschen. Ganz anders soll es bei der Hannover Rück aussehen. Ihr Ergebnis werde, so die jüngste Unternehmensprognose, nur um 19% absacken, so dass deutlich mehr als bei den beiden Großen übrig bleiben würde. Wie das? Einerseits belasteten Großschäden „nur“ mit netto 1,1 Mrd. Euro, andererseits lief es in der Kapitalanlage besonders gut. **tl**

747, immer noch weit vorne. Der Wettbewerber mit Sitz in Chicago und Seattle ist hier deutlich im Vorteil, ist er doch seit 48 Jahren im Geschäft mit vierstrahligen Großraumflugzeugen aktiv. Airbus hingegen trat erst vor 13 Jahren in diesen Markt ein.

An diesem Verhältnis wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Denn der Bedarf der Airlines nach solchen Riesenflugzeugen ist relativ gering. Das A380-Geschäftsmodell beruhte von Anfang an auf der Nachfrage der reichen Golfstaaten. Aber auch deren Kapazitäten sind längst ausgeschöpft. Das Wachstum in der Branche machen vor allem die Kurz- und Mittelstreckenmaschinen sowie die zweistrahligen Langstreckenflugzeuge aus. Diese beiden Segmente treiben das Geschäft des Duopols im

200 Flugzeugen also 800 Triebwerken, rechnen. Dies ist aber eine Illusion.

Vor diesem Hintergrund spielt die Airbus-Führung auf Zeit in der Hoffnung, dass irgendwann die Nachfrage wieder anzieht. Als Finanzchef Harald Wilhelm im Dezember 2014 auf einer Investorenkonferenz die Tragfähigkeit der Baureihe in Frage stellte und sich damit beinahe um Kopf und Kragen redete, schenkte er den Anlegern wenigstens reinen Wein ein. Airbus versucht nun vorerst, sich bei dem Thema irgendwie durchzuwursteln. Doch mit der Baustelle wird sich auch Enders' Nachfolger herumschlagen müssen. Vielleicht kommt dieser zu einer Neubeurteilung der Lage.

(Börsen-Zeitung, 24.2.2018)

born – entwickeln seit Ende vorvorvergangenen Jahres an der App herum – und inzwischen ist sie immerhin in der reifen Beta-Phase angekommen. Über das Teststadium hinaus ist Yomo jedoch noch immer nicht. Keine Schnecke kann so langsam kriechen.

Dieses atemberaubende Schnecken-tempo liegt zum kleineren Teil an technischen Problemen, heißt es bei Beteiligten. Tempokiller sei vor allem die basisdemokratische Organisationsstruktur von rund 400 selbständigen Sparkassen. Hier sind die offenen Fragen im Wesentlichen noch die gleichen, die schon vor Jahresfrist nicht beantwortet wurden. Wie passt eine eigenständige und im bunten Outfit antreten-

den regulären Update als Add-on mit auf die Sparkassen-App aufspielen könnte – ziemlich genau drei Jahre nach dem Yomo-Start. Voraussetzung ist dafür allerdings, dass sich bis dahin genügend Sparkassen zum Mitmachen verpflichtet haben. Als magische Zahl wird ein Minimum von 100 Instituten genannt, damit die Kostenkalkulation stimmt. Das wäre etwa jede vierte Sparkasse hierzulande. Ein Ziel, das erreichbar sein sollte – elektrisiert doch die digitale Revolution samt Industrie 4.0 selbst den letzten Dorfschulen. Die Wette annehmen, dass das Ziel 100 auch erreicht wird, wollten die Yomo-Macher aber dann doch nicht.

(Börsen-Zeitung, 24.2.2018)

ANSICHTSSACHE

Börsen-Zeitung, 24.2.2018

Vor wenigen Tagen hat Venezuela die erste staatliche Kryptowährung der Welt geschaffen, um einen Befreiungsschlag für das durch die sozialistische Regierung Maduro heruntergewirtschaftete Land zu erreichen. Dass das gelingt, darf bezweifelt werden. Denn das Versprechen, 100 Millionen digitale „Petro-Coins“ durch ein Barrel venezolanischen Öls zu decken, ist zwar interessant, aber dennoch zum Scheitern verurteilt. Der Grund ist sehr simpel: Wieso sollten Investoren, die vielfach unter Maduros Vorgänger Hugo Chávez und ihm selbst enteignet wurden, jetzt der sozialistischen Autokratie trauen?

Zentralbanken überflüssig

Venezuela ist sicherlich ein extremes Beispiel dafür, dass das staatliche Geldmonopol von Regierungen und Notenbanken missbraucht wird. Friedrich August von Hayek, der 1974 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhalten hat, hat dazu 1976 einen spektakulären Vorschlag gemacht. Er wollte den Wettbewerbsgedanken der Marktwirtschaft auf das Geldwesen übertragen.

Er ging dabei über den Wettbewerb der nationalen Währungen hinaus, weil er die Marktwirtschaft in Gefahr sah. „Wenn wir wollen, dass freies Unternehmertum und eine Marktwirtschaft fortbestehen, haben wir keine andere Wahl, als die

Monopolstellung der Regierung bei der Geldemission und das System nationaler Währungen durch freien Wettbewerb zwischen privaten Emissionsbanken zu ersetzen“, so sein Vorschlag. Er hielt in einem solchen wettbewerblichen Geldsystem Zentralbanken für überflüssig. Denn die Rolle der Zentralbanken als „lender of last resort“ wird in einem Wettbewerbssystem überflüssig, da die Schaffung von Banknoten nicht mehr einer Institution allein übertragen wird. Hayek hatte erkannt, dass die Instabilität des Kreditystems damit zu tun hat, dass Banken in der Lage sind, durch die Kreditvergabe neues Buchgeld zu schaffen, das jederzeit in Banknoten getauscht werden kann. Dieses Versprechen kann aber tatsächlich nur eingehalten werden, wenn der Bankrun nicht stattfindet. Die Voraussetzung dafür ist ein immer enghemmes Regulierungs- und Kontrollsystem des Staates über die Banken und eine offene und schlechende Diskriminierung des Bargeldes. Diese Entwicklung ist schon fast zwingend notwendig, wenn das bestehende Geldmonopol des Staates erhalten bleiben soll.

Aus dieser Gemengelage heraus bekommen Kryptowährungen wie Bitcoin, Etherium und die vielen anderen eine wachsende Bedeutung. Denn sie sind tatsächlich der erste Großgriff auf das staatliche Geldmonopol, ohne dass Regierungen und Zentralbanken dies verhindern können. Sollte ein Land den Handel mit Bitcoin und Co. verbieten wollen,

Die Evolution des Geldes



VON FRANK SCHÄFFLER

Kryptowährungen sind der erste Großgriff auf das staatliche Geldmonopol: Sie werden unser Geldsystem evolutiv verändern.

dann müsste es das Internet abschalten. Das mag in Nordkorea funktionieren, aber sicherlich nicht weltweit. Daher findet aktuell die evolutiv Veränderung des Geldsystems statt.

Die Argumente gegen diese Entwicklung sind vielfach sehr statischer Natur. Überweisungen dauerten zu lange, das Schürfen neuer Einheiten verbräuche zu viel Strom oder kriminelle Machenschaften würden darüber finanziert. Alle diese Vorwürfe stimmen und stimmen wiederum nicht. Denn Kryptowährungen sind nicht alle gleich, sondern alle unterschiedlich. Es ist der Wettbewerb der Ideen, der verschiedene Konzepte,

Anwendungen und Vorteile zutage bringt. Wenn aktuell das Bezahlen mit Bitcoins zu teuer wird und zu lange dauert, werden sich Alternativen bilden. Vielleicht ist es auch nicht die Blockchain-Technologie, sondern die „Tangle“-Technologie, die bei IOTA benutzt wird, die sich durchsetzt.

Deutschland verpasst den Zug

Und natürlich werden auch kriminelle Machenschaften mit Kryptowährungen finanziert. Doch immer noch gilt, dass weltweit die meisten kriminellen Machenschaften mit US-Dollar finanziert werden. Niemand kann jedoch auf die Idee, dies dem Dollar anzulasten. Und auch der bei Bitcoin kritisierte Stromverbrauch für das Schürfen neuer Bitcoins wird marktwirtschaftlich gelöst. Wird es zu teuer, kann das etwa einen Innovationsschub bei der Entwicklung leistungsfähiger Computer auslösen – oder ein findiger Kopf entwickelt energieeffizientere Methoden. Knappheit war schon immer der Hauptmotor des Fortschritts.

Doch eines ist schon heute klar: Der klassische Ideenwettbewerb, der die Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftssystemen so überlegen macht, führt zu Fortschritt und Wohlstand. Zudem ist das wettbewerbliche System auch die Grundlage gesellschaftlicher Freiheit. Und private Alternativen zum staatlichen Geldmonopol sind die praktischen Voraussetzungen dafür, dass sich

Menschen staatlichen Übergriffen entziehen können. Das wissen gerade Menschen in Ländern wie Venezuela.

Ob der klassische Ideenwettbewerb uns in Deutschland nutzt, hängt auch von den Rahmenbedingungen ab. Deutschland war 2013, was die steuerlichen und regulatorischen Bedingungen für Kryptowährungen anbelangt, viel weiter als heute. Damals hatte die Regierung Bitcoin als Devisen vergleichbare Verrechnungseinheiten, die anders als Devisen nicht auf gesetzliche Zahlungsmittel lauten, definiert. Die steuerliche Behandlung wurde ebenfalls im ersten Schritt geklärt, indem private Verkäufe als Veräußerungsgeschäfte (§ 23, Abs. 1, Satz 1, Nr. 2 EStG) eingeordnet wurden und damit nach einem Jahr steuerfrei wurden. Viele weitere Fragen sind bis heute ungeklärt. Nach fünf Jahren versteckt sich die Regierung immer noch hinter nicht abgeschlossenen Abstimmungsgesprächen mit den Oberfinanzbehörden der Länder, hinter Einzelfallentscheidungen der BaFin oder verweist auf die Gerichte. So kann man es auch machen, wenn man den Zug verpassen will.

Frank Schäffler ist Bundestagsabgeordneter der FDP und Geschäftsführer der Berliner Denkfabrik Prometheus – Das Freiheitsinstitut. In dieser Rubrik veröffentlichen wir Kommentare von führenden Vertretern aus der Wirtschafts- und Finanzwelt, aus Politik und Wissenschaft.